

AUSGABE VOM 13. OKTOBER 2023

Haushalt: Keine Steuergelder für den palästinensischen Terror

CDU-MdB Michael Breilmann verlangt in einer schriftlichen Frage von der Bundesregierung Aufklärung über die weitere Förderpraxis bei palästinensischen Organisationen. Der Politiker will konkret wissen, ob die Regierung, vor dem Hintergrund der terroristischen Hamas-Angriffe auf Israel weiter bei ihrer bisherigen Förderpraxis bleibt oder einen Stopp mit Prüfung sämtlicher Zahlungen plane. Noch vor wenigen Monaten sah die Regierung auf Breilmanns Nachfrage keine Veranlassung für eine Neubewertung. Alle Zahlungen an palästinensische Gebiete und Organisationen müssten auf den Prüfstand: „Wer Israel vernichten will oder den Holocaust verharmlost, der darf keinen Cent deutsches Steuergeld bekommen“, so MdB Breilmann. „Es muss ausgeschlossen werden, dass wir mit unseren Haushaltsmitteln diesen unmenschlichen Terrorismus der Hamas, direkt oder indirekt, mitfinanzieren.“

Palästinensischer Terror: Existenzrecht Israels verteidigen

Fünf Tage nach dem Angriff der islamistischen Hamas auf Israel hat Kanzler Scholz in einer Regierungserklärung am Donnerstag im Bundestag dem Land seine Unterstützung zugesagt. Mit einer Schweigeminute hatten das Parlament zuvor der Opfer der Terrorangriffe auf Israel gedacht. Einstimmig nahm das Parlament einen [gemeinsamen Entschließungsantrag](#) von Koalition und CDU/CSU-Fraktion an. In der Aussprache zu dem barbarischen Überfall der palästinensischen Terrorgruppe, bei der hunderte Israelis auf bestialische Weise getötet, verwundet oder verschleppt wurden, sicherte auch CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz dem jüdischen Staat die deutsche Unterstützung zu: „Israel ist stark. Es liegt jetzt an uns, ein starker Verbündeter Israels zu sein.“ Merz erinnerte in seiner Rede daran, dass die Sicherheit und das Existenzrecht Israels Teil der deutschen Staatsräson sind: „Mit dieser Zusage wird es nun ernst.“ Unsere Solidarität darf keine Risse bekommen, auch dann nicht, wenn Israel das Notwendige tut, um seine Sicherheit wiederherzustellen.“

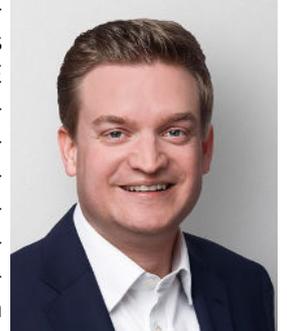


Sehr bewegender Austausch mit Israels Botschafter Ron Prosor in der CDU/CSU-Fraktionssitzung am Dienstag in Berlin: „Was Israel gerade erlebt, ist Terrorismus in seiner barbarischsten Form. Wir stehen fest an Israels Seite“, so CDU-MdB Michael Breilmann. (Bild: privat)

Kategorisch unterbinden will die Union Sympathiebekundungen für die Hamas und andere militante Palästinensergruppen in Deutschland. „Wir schämen uns, dass auf deutschen Straßen der Tod von Jüdinnen und Juden gefeiert wird“, so CDU-MdB Michael Breilmann. Als Sprecher der Unions-Fraktion für die Bekämpfung von Extremismus und Antisemitismus spricht er sich nachdrücklich für ein schnelles Verbot von Vereinen aus, die die Hamas unterstützen. Auch dürften sie kein Geld des Steuerzahlers erhalten. Für Terrorunterstützer gebe es „keinen Millimeter Toleranz“. Dies sei auch ein wichtiges Signal an die Kultusgemeinden vor Ort, die sich vor Anschlägen gegen ihre Synagogen fürchteten. Die jüdischen Einrichtungen müssten bestmöglich geschützt werden. „Wir müssen und werden alles tun, um jüdisches Leben und jüdische Institutionen in Deutschland zu schützen“, so der CDU-Politiker.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

wie viele Menschen auch aus dem Kreis RE blicke ich schockiert und besorgt nach Israel, wo die Hamas einen barbarischen Angriff begonnen hat. Hunderte



unschuldige Menschen haben ihr Leben verloren, etliche sind nach wie vor in Lebensgefahr, als Geiseln verschleppt. Die Attacken sind durch nichts zu rechtfertigen. Die Hamas ist auch in Deutschland aktiv, Aktivisten verbreiten Propaganda, sammeln Spenden und rekrutieren Anhänger. Es ist höchste Zeit für ein bundesweites Betätigungsverbot für die Hamas samt ihrer Helfer-Strukturen. Innenministerin Faeser muss ein solches Verbot zeitnah erlassen. Die Jubelfeiern in Berlin und andernorts am Tag des Angriffs auf Israel zeigen: Über die individuelle Verantwortung hinaus brauchen wir ein klares und unmissverständliches Signal, dass wir jegliches antisemitische Treiben hierzulande nicht akzeptieren. Ich bin froh, dass die Regierung, wie es der fraktionsübergreifende Antrag vorsieht, nun die Betätigung der Hamas und mit ihr verbundene Organisationen - wie das Netzwerk Samidoun - hierzulande verbieten will. Die Union hat seit langem ein Ende dieser extremistischen Umtriebe gefordert. Denn das Bekenntnis, Antisemitismus zu bekämpfen, darf sich nicht in Worten erschöpfen, es müssen Taten folgen.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



IP-Adressen-Speicherung: Ampel muss handeln

Der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages führte am Mittwoch eine öffentliche Anhörung zum Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen“ durch. „Die sture Blockadehaltung der Ampel ist für mich absolut nicht nachvollziehbar“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann. „Ein Jahr hat die Ampel allein die Anhörung zu dem wichtigen Thema blockiert. Über ein Jahr ist vergangen, dass der Europäische Gerichtshof die Speicherung von IP-Adressen zur Aufklärung und Bekämpfung schwerer Straftaten ermöglicht hat. Aber erst in dieser Woche erlaubt uns die Ampel-Koalitionsmehrheit, mit Experten zu erörtern, wie dieser oft einzige Ermittlungsansatz der Fahnder, wie auch die Terrorlage von Castrop-Rauxel von Jahresbeginn nachdrücklich zeigt, per Gesetz eingeführt werden kann“. Die Ampel-Koalition werde sich vor dem Rat der Praktiker nun nicht länger verstecken können. Sie müsse endlich zur Kenntnis nehmen müssen, wie unverzichtbar die IP-Adressen für die Aufklärung von Straftaten sind. „Die Zeit drängt: Der Kanzler hat eine Lösung zugesagt. Es ist also höchste Zeit, dass die Ampel-Rechtspolitiker und auch der Bundesjustizminister ihre reflexhafte Ablehnung dieses so wichtigen rechtsstaatlichen Instruments beenden“, so MdB Breilmann.

Hauptstadtvisite: Besucher aus Region im Bundestag



Fünfzig politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Recklinghausen begrüßte der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann am Montag im Deutschen Bundestag in Berlin. Dort informierte der Abgeordnete über seine Arbeit im Parlament und diskutierte aktuelle Fragen. Neben dem Besuch einer Plenardebatte standen für die Gäste u.a. eine Führung im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr Flugplatz Berlin-Gatow, ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Digitales und Verkehr sowie eine Führung durch die Ausstellung "Wege, Irrwege, Umwege - Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland" auf dem abwechslungsreichen dreitägigen Info-Programm. (Bild: Privat)

Alte Garde der FF Recklinghausen zu Gast in Berlin



Die Alte Garde der Freiwilligen Feuerwehr Recklinghausen, darunter auch der langjährige Bürgermeister Wolfgang Pantförder, besuchten am Donnerstag nach einem Gespräch mit CDU-MdB Michael Breilmann abschließend die Reichstagskuppel. Breilmann erläuterte seine Arbeitsschwerpunkte im Bereich Innere Sicherheit und Baupolitik und diskutierte u.a. über die Sicherheit jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger angesichts der aktuellen schrecklichen Ereignisse durch den Hamas-Terror gegen Israel. (Bild: privat)

Organisierte Kriminalität: Ampel macht zu wenig

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat am Donnerstag das Bundeslagebild Organisierte Kriminalität 2022 vorgestellt. „Die Bundesregierung macht außer Ankündigungen viel zu wenig gegen die organisierte Kriminalität“, kritisiert CDU-MdB Michael Breilmann. Vor knapp einem Jahr habe die Ministerin eine neue Strategie verkündet, aber umgesetzt sei davon bislang wenig. „Faesers Allianz gegen Clankriminalität ist ein Rohrkrepiere, weil es schon bewährte Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern aus der Zeit der unionsgeführten Bundesregierung gibt“, so der Unions-Innenexperte. „Strafverfolgung ist sehr mitarbeiterintensiv. Will man dort vorankommen, braucht es genug Personal, vor allem in den Justizbehörden der Länder. Mit einem Pakt für den Rechtsstaat 2.0 wollte die Ampel den Ländern an dieser Stelle eigentlich helfen. FDP-Bundesjustizminister Marco Buschmann blockiert jedoch die Einlösung dieses Versprechens. Das ist unverantwortlich. Ein Rechtsstaat, der schlagkräftig gegen Kriminelle sein will, braucht auch die dafür notwendigen Ressourcen“, so MdB Breilmann.

Impressum:

Ausgabe Nr. 38 der 20. Wahlperiode

13. Oktober 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler